

# Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

## Politischer Theil.

### Deutschland.

\* Berlin, 7. Dec. [Ein internationaler Conflict], der bereits, wenn auch noch unbemerkt, am politischen Horizonte als drohende Gewitterwolke gestanden, ist, Dank der discreten diplomatischen Behandlung von beiden Seiten, glücklich gelöst worden, ohne daß auch nur im Geringsten die in dergleichen Fällen so empfindsamen europäischen Völkern davon berührt worden wären. Es betraf einen Handel zwischen Preußen einer- und den Niederlanden andererseits. Hören wir, wie sich die diplomatisch gewandte Feder eines damit beauftragten Correspondenten der „Kln. Ztg.“ darüber ausdrückt. Er schreibt:

Während die Zeitungen mit der Frage der Herzogthümer, dem Devisenwechsel wegen der Frankfurter Angelegenheit, dem Spanisch-Chilenischen Handel und ähnlichen Staats-Aktionen beschäftigt sind, hat zwischen Preußen und den Niederlanden ganz im Stillen ein diplomatischer Gedankenaustausch (!) stattgefunden, der zwar keine großen Dimensionen angenommen, aber die Vertheilten doch eine Zeit lang lebhaft interessiert hat. Seit einigen Wochen ist nämlich ein neuer Holländischer Gesandter, Graf Volandt, am Preussischen Hofe beglaubigt. Vor der Uebersiedelung nach Berlin hatte sich der Graf mit seiner Familie einige Zeit im Haag aufgehalten. Als diese auf der Reise nach der Hauptstadt Preußens an der Grenze angelangt war, wurde sie seitens der Preussischen Zollbehörden mit der ihrem Stände gebührenden Zuverkommenheit behandelt. Das Gepäck wurde gemäß dem diplomatischen Brauche ohne Hinderniß tollfrei eingelassen. Nur wegen eines Händchens, das der Gräfin V. sehr lieb zu sein schien (!), erbob sich eine unerwartete Schwierigkeit. Die Beamten glaubten Angesichts der strengen, wegen der Viehsenke getroffenen Maßregeln den Ueberschritt des kleinen Hundes auf Preussisches Gebiet zu verhindern zu sollen. Vergebens betheuerte die liebenswürdige Bestzerin, daß das Schooßhündchen stets im Hause gehalten worden sei, fern von der Nachbarschaft irgendwie verdächtiger Thiere. Die Beamten beriefen sich auf ihre Pflichten, und das Händchen wurde vorerst wenigstens (!) einer vorzüglichen Quarantaine unterworfen. Die Angelegenheit veranlaßte darauf eine diplomatische Intervention, in Folge deren die Quarantaine aufgehoben und das Schooßhündchen der Bestzerin wieder übergeben wurde. Die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen sind, nach Allem, was man hört, durch diesen Zwischenfall nicht gelähmt worden, und diese unbefangene Darstellung wird den etwaigen übertriebenen Gerüchten am besten zuvorkommen.

Europa, Du kannst ruhig schlafen. — Die Con- tural-Politik der Zeitungschreiber aber ist um neuen Stoff ärmer geworden.

— [Ueber den Einfluß des Abgeordnetenhan- des auf die Staats-Ausgaben] sagt, unter dieser Ueberschrift, die neueste „Prov. ort.“ einen Artikel, in welchem es u. A. heißt: Die Abgeordneten sollen nach der Verfassung einen Einfluß auf die Staatsausgaben üben, indem sie dazu sorgen, daß ein Gesetz über den Staatshaushalt zu

Stande komme. — dies kann nur geschehen durch Uebereinstimmung mit dem Könige und dem Herrenhause; diese Uebereinstimmung zu erzielen und möglich zu machen, darauf muß also das Bestreben des Abgeordnetenhan- des ebenso, wie der beiden anderen Theile gerich- tet sein.

Ferner wird vom preussischen Volke gesagt, daß es sich vornehmlich fragen müsse, „ob die Abgeord- neten ihren Einfluß etwa selber aufgegeben oder verscherzt haben.“ Der Artikel schließt:

Durch redliches patriotisches Zusammen- wirken mit der Regierung wieder einen wirk- lichen verfassungsmäßigen Einfluß auf die Staatsausgaben zu üben, darauf müßte das Bestreben des Abgeordnetenhan- des gerichtet sein, und darin würde dasselbe seitens der Re- gierung jetzt wie früher bereitwillige Förde- rung finden.

Kurz, man möchte um jeden Preis — Frieden machen mit dem Volke. Wir glauben es gern, aber —

— [Die österreichisch-preussischen Ver- handlungen in der Herzogthümerfrage] betreffend, versichert die „Prov. Corresp.“, dieselben hätten seit dem Gasteiner Vertrage vollständig ge- ruht. Die Zeitungsangaben in Betreff von Vor- schlägen Preußens und Erklärungen Oesterreichs seien erfunden; weder schriftlich noch mündlich habe ein Austausch über eine Erledigung der Angelegen- heit stattgefunden. Ebenso seien alle Mittheilungen über eine beabsichtigte außerordentliche Sendung nach Wien durchaus grundlos.

— [Betreffend die Wiedererstattung der Grundsteuer-Veranlagungskosten,] meint die „Prov. Corresp.“, sei die preussische Staats-Regierung berechtigt, nicht aber genöthigt, die Wiedererstat- tung durch einen mäßigen Grundsteuer-Zuschlag zu bewirken; sie könne vielmehr sehr wohl zunächst die Pro- vincialstände über die zweckmäßigste Aufbringungsart, vorbehaltlich der Allerhöchsten Genehmigung, beschließen lassen.

— [Aus den Elberzogthümern] wird berichtet, daß die schleswig'sche Postdirection in ihrem neuesten Circulare den Postbehörden zur Pflicht macht, solche Postpakete, welche an- scheinend (!) verbotene Zeitungen enthalten, im Bei- sein der Adressaten zu öffnen und den Polizeibehör- den darüber Bericht zu erstatten. Auch nicht schlecht.

— [Graf Bismarck] speiste vorgestern bei dem Bankier Bleichröder, dem Berliner Ver- treter Rothschild's. Für die offiziellen Finanz- freize Oesterreichs gewiß nicht ohne Interesse!

— [Zur Finanzlage Oesterreichs] führt ein Artikel der amtlichen „Wiener Ztg.“ aus, daß zur Deckung des 50 Millionen betragenden Rest- bedarfs für das Jahr 1866 eine neue Anleihe erforderlich sein werde. Unter Zugrundelegung des Uebernahme-Courses der neuesten Anleihe würde die neue Finanzoperation Oesterreich etwa in Höhe von 83 Millionen belasten müssen.

— [In der Graf Eulenburg-Ott'schen Angelegenheit] erhält die „Bonner-Ztg.“ nach-

stehende „Berichtigung“ zur Veröffentlichung zu- gesandt:

In der „Bonner Ztg.“ vom 2. Dec. d. J. Nr. 279 befindet sich eine Mittheilung d. d. Bonn, 1. Dec., nach welcher das vielbesprochene Ereigniß, in Folge dessen der Koch Ott das Leben einbüßte, dahin erledigt sein soll, daß der einjährige Freiwillige, Graf zu Eulenburg, durch Erkenntniß des Militärgerichts zu neunmonatlicher Festungshaft verurtheilt sei. Das unterzeichnete Com- mando erklärt hiermit, daß, da ein Spruch in besagter Angelegenheit noch nicht gefällt worden, obige Nachricht ein nach allen Seiten leeres Gerücht ist. Bonn, 4. Dec. 1865. Das Commando des Königs-Husaren-Regiments.

Die Redaction der „Bonner Ztg.“ bemerkt dazu: Hierzu haben wir zu bemerken, daß der Artikel von einer Seite mitgetheilt war, welche für uns jeden Zweifel an der Zuverlässigkeit der Nachricht ausschloß.

— [Das Obertribunal] publicirte das Erkenntniß in der Nichtigkeitsbeschwerde des Dr. Grävell. Dasselbe lautete dahin, daß die Nichtigkeitsbeschwerde des Angellag- ten zurückzuweisen sei. Auf die Nichtigkeitsbeschwerde des Ober-Staatsanwalts ist das zweite Urtheil ver- nichtet in so weit, als der Angellagte nicht auch der öffentlichen Beleidigung für schuldig erachtet worden. Es ist deshalb das erste Urtheil dahin abgeändert, daß der Angellagte nicht bloß der schriftlichen, sondern auch der öffentlichen Beleidigung schuldig, deshalb mit Gefängniß von 9 Wochen zu bestrafen sei. (In den ersten beiden Instanzen war bekanntlich angenommen worden, daß die Vertheilung der Petition an die Mitglieder des Abgeordnetenhan- des nicht als Veröffentlichung anzusehen sei, und lautete das Urtheil auf vier Wochen Gefängniß).

— [Preussische Press-Schicksale.] Nach der „Eckernförder Zeitung“ wurde der Herausgeber der (anti- angussenburgischen) „Angler Zeitung“ wegen eines Pas- quills, enthaltend Andichtung von Verbrechen und groben Schmähungen gegen (nordschleswigische) Regierungsbeamte, in 100 Mark Büße und die Untersuchungskosten ver- urtheilt. (Die „Angler Ztg.“ enthielt diese Angriffe zur Zeit der Mission des Prinzen Hohenlohe). — In Zü- er- bogt wurden am 4. d. M. zwei Pressproceße gegen die Redakteure der Wochenblätter von Ludenwalde und Treuenbriegen, so wie gegen den als Verfasser der „liberalen Correspondenz“ genannten J. Sähmann, wegen Mitthei- lungen an Redaktionen, verhandelt. Beide Blätter hatten jenen Mittheilungen eine die Verurtheilung des Dr. Joh. Jacoby betreffende Notiz entnommen, welche nach der Anklage Handlungen, welche in den Gesetzen als Ver- brechen oder Vergehen bezeichnet sind, durch öffentliche Rechtfertigung anpreisen sollen. Der Staatsanwalt bean- tragte gegen jeden der Redacteure eine Geldstrafe von 25 Thlr., gegen Sähmann eine achtwöchentliche Gefäng- nißhaft. Der Gerichtshof sprach alle Angeklagten frei, weil er in dem inkriminirten Artikel keine Anpreisung gesegwidriger Handlungen entdecken konnte. — In Trier wurde am 2. d. M. ein Pressproceß gegen den Verleger der Trierischen Zeitung, Fr. Linz, und den Redacteur derselben, Dr. Ling, verhandelt, wegen einer Biographie des Dr. Joh. Jacoby, welche die Gerichte beleidigt und Handlungen, die im Gesetze als Vergehen bezeichnet sind, durch öffentliche Rechtfertigung angepriesen haben soll. Die Angeklagten wurden freigesprochen. — In Schleswig hat am 5. d. M. die Landesregierung die Beislagnahme der „Frieder Nachrichten“ wegen eines mit einer „VII“ überschriebenen Gedicht angeordnet. — Die am 22. Nov. wegen des der „Augsb. Allg. Ztg.“ entnommenen Ar-

titel gegen die Annexion confiscirte Nr. 324 der „Rhein. Ztg.“ ist in Folge richterlicher Entscheidung wieder freigegeben.

— [Ueber das Befinden des belgischen Königs] lautet das neueste Telegramm:

Sicheren Privatnachrichten zufolge befindet sich der König noch immer in demselben bedenklichen Zustande. Die letzte Nacht war unruhig; die Schwäche ist im Zunehmen. Die Dysenterie sowie der Appetitmangel dauern fort.

\* **Wien, 6. Dec.** [Herr Waser. Abendpost über Landtagsmandate für Beamte. Der niederösterreich. Landtag. Dementi. Vom Landtag in Klausenburg. Vom mährischen Landtag.] Der Ober-Staatsanwalt Waser ist seines Amtes enthoben und in das oberlandesgerichtliche Richter-Collegium versetzt worden. Ein Artikel der „Wiener Abendpost“ über die Unverträglichkeit richterlicher Funktionen mit dem Landtagsmandate spricht die Ansicht aus, daß, wenn der Richter selbst wenigstens noch geltend machen könne, daß er nur an das Gesetz gebunden sei, der Staatsanwalt, insbesondere der Ober-Staatsanwalt, abgesehen von seinem amtlichen Verufe, auch noch das Organ des Justizministers und diesem für die ihm erteilten Instruktionen verantwortlich sei. Die Regierung könne unmöglich dulden, daß sich diejenigen, welche im Septemberpatente eine vom Ministerium ausgegangene Rechtsverletzung erblickten, auch Männer beigefellen, die berufen sind, die politischen Grundsätze eben dieses Ministeriums zu vertreten. — Der niederösterreichische Landtag hat die von der Majorität des Ausschusses beantragte Adresse an den Kaiser en bloc angenommen. Die namentliche Abstimmung ergab 46 Stimmen für, 10 gegen. — Die „General-Correspondenz“ meldet: Das Gerücht, Graf Belcredi beabsichtige die Leitung des Polizeiministeriums abzugeben, entbehrt sammt allen daran geknüpften Kombinationen jeder Begründung. — Der Landtag in Klausenburg hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, dem Kaiser in einer Adresse für die Wiederherstellung der Rechts-Continuität (!) zu danken und darin auszusprechen, daß der Unionsartikel vollkommenes Gesetz sei, dessen Revision nur in Pesth möglich. Der Kaiser wird in der Adresse gebeten, die Vertreter Siebenbürgens nach Pesth einzuberufen. Ein Paffas wegen Wahrung der Rechte der sächsischen Nation soll in die Adresse mit aufgenommen werden. — Die Sachsen und Rumänen haben einen besonderen Entwurf angemeldet. — Der mährische Landtag lehnte in heutiger Sitzung den Antrag Oskra's auf Fassung einer Resolution bezüglich des Septemberpatentes mit 51 gegen 43 Stimmen ab.

## Ausland.

\* **Paris, 5. Dezbr.** [Tagesbericht.] Hier reichte das bloße Gerücht, der Kaiser werde in Betreff Mexico's ein Seitenstück zum italienischen September-Vertrage machen, hin, um die Börse in rosigte Stimmung zu versetzen. Der „Rhein. Ztg.“ wird von ihrem pariser — Correspondenten darüber berichtet:

„Die heutige Börse war in der heitersten Laune. Alle Wertpapiere stiegen bedeutend, die Zprocentigen um beinahe  $\frac{1}{2}$  pSt. An diesem starken Steigen waren theilweise Zwangsaufkäufe schuld und theilweise das Gerücht, Frankreich stehe auf dem Punkte, seine Truppen aus Mexico zurückzuziehen, da es dem Drängen des Washingtoner Cabinets nachgegeben und sich dazu verstanden habe, unter gewissen Bedingungen, über welche General Schofield zu verhandeln habe, das neue Kaiserreich zu räumen. Ob Wahres an diesem Gerüchte ist, war noch nicht zu erfahren. Sicher scheint es jedoch zu sein, daß diese Angelegenheit in eine sehr kritische Phase tritt, da der Präsident Johnson gern mit einem von den Franzosen besetzten oder wenigstens bald besetzten Mexico von den amerikanischen Congress treten möchte.“

Also: die Börse, die Presse, die Salons wünschen, kurz, überall, und vielleicht in den Tuilerien am meisten, wünscht man, daß die französischen Truppen, je eher desto besser, abgerufen werden und Maximilian seinen eigenen Mitteln überlassen bleibe. Indes die Diplomatie würde leichtsinnig zu verfahren meinen, wenn sie ohne ein Dupend halber Dementis ans Werk schritte. Selbstverständlich wird sich Schofield wohl hätten, mit der Thür ins Haus zu fallen, im Gegentheil liegt es im Interesse

der Sache, daß, je fester man zu Washington in dem Hauptpunkte ist, man um so gelinder in der Form und um so vorsichtiger gegen einen Gegner, wie Napoleon ist, auftritt. Gleich dem Pöndel in Intervallen, die unablässig auf die Monroe-Doctrin hinweisen, ist Johnson's und Seward's Taktik bisher gewesen und wird sie es bleiben, bis die Stunde gekommen ist, wo es voll schlägt. Schofield hat sich auf dem auswärtigen Anthe noch nicht eingestellt; dieser Umstand ist dem „Constitutionnel“ genug, um zu erklären: „Wir können versichern, daß die französische Regierung über eine Mission des Generals Schofield noch keinerlei Mittheilung erhalten, und wir halten diese Nachricht für unbegründet.“ Die „France“, welche auch in Mitleidenschaft versetzt worden, drückt sich ungleich vorsichtiger als ihr Freund Constitutionnel aus, indem sie ihr Dementi so einleitet: „Wir glauben, in der Lage zu sein, versichern zu dürfen, daß bis jetzt noch keine officielle Anzeige des Vorhandenseins dieser Mission offen herabgesetzt habe.“ Diese Fassung macht der Formgewandtheit dieses geliebten Blattes alle Ehre, obwohl in der Sache selbst durch diese Spiegelweise gar nichts verändert wird. Genug, Schofield ist in Paris, und sollte er sich etwa überzeugen, daß für ihn im Ministerium des Auswärtigen nichts mehr zu thun sei, daß Napoleon III. im Gegentheil entschlossen wäre, den Zuaven, die auf Martinique so unangenehm wurden durch die Mißstimmung, mit der sie nach Mexiko geschickt wurden, neue Regimenter nachzuschicken, so wäre das sicherlich für Napoleon sehr verhängnißvoll. Uebrigens handelt es sich, so viel sich aus amerikanischen officiellen Andeutungen schließen läßt, zunächst noch gar nicht um den sofortigen Abzug der Franzosen aus Mexiko, sondern um ein Zurückgehen auf Erörterungen, welche vor zwei Jahren der damalige amerikanische Gesandte in Paris, Herr Dayton, mit Drouyn de Lhuys hatte. Damals ließ Seward der französischen Regierung erklären, „nach der Ansicht der Vereinigten Staaten sei die permanente Errichtung einer monarchischen und ausländischen Regierung in Mexico weder möglich, noch wünschenswerth, indeß könnten, ihren Prinzipien gemäß, die Vereinigten Staaten Mexico's Geschichte einzig und allein der Debut des mexicanischen Volkes überlassen, und sie würden die Souveränität und Unabhängigkeit dieses Volkes anerkennen, gleichviel unter welcher Form es dieselben zu manifestiren für gut befinden würde.“ Unter diesen hatte heute Herr Schofield eine längere Conferenz mit Herrn Bigelow und speiste auf der amerikanischen Gesandtschaft. Er wünscht, eine Audienz in Compiègne zu erhalten, und soll bereits Gelegenheit zu einem Ideen-Austausch mit Herrn Drouyn de Lhuys gefunden haben. Morgen wird also der „Constitutionnel“ nicht mehr behaupten können, die Regierung wisse nichts über die Gründe, welche den amerikanischen General bisher gefehrt hätten. — Die Affaire des Luxembourger-Gartens ist immer noch im Gange. Die Pariser streben zu Tausenden nach dem genannten Garten, um sich denselben nochmals vor seiner Zerstörung anzusehen. Viele glauben, daß derselbe erhalten bleiben werde, da angenommen wird, daß der Kaiser sich die öffentliche Meinung wegen der Nichtausführung einer einzigen strategischen Linie nicht verfeinden werde.

— 6. Dez. [Neuestes.] Aus offizieller Quelle verlautet, daß der amerikanische General Schofield nicht in einer besonderen Mission, sondern nur zur Wiederherstellung seiner Gesundheit nach Europa gekommen sei, wo er sich lange aufzuhalten gedenke.

zch. **London, 4. Dec.** [Ein Schreiben hiesiger Arb.-Vereine an den Allg. deutsch. Arb.-Verein. „Bee-hive“. Die Kohlen-Bergwerker von Barnsley. Reformfrage.] In den letzten Tagen ist folgende Zuschrift an den Allg. deutsch. Arb.-Verein von Seiten der Arbeiter-Gesellschaften, „Teutonia“ und „deutsche Eintracht“ nach Frankfurt a. M. gesendet worden:

Brüder und Parteigenossen!

Mit erneuter und verstärkter Kraft wird am heutigen Tage, an welchem der „Allg. deutsch. Arb.-Verein“ in Frankfurt a. M. tagt, der Gedanke in uns rege, daß die Zeit des Kampfes zur Verwirklichung unserer Principien immer näher heranrückt und auch wir haben uns

hier versammelt und wohnen im Geiste Eurer Versammlung bei. Wenn auch bis jetzt im Großen und Ganzen nur wenig geleistet worden, so habt Ihr doch die uns feindlich gegenüberstehenden Parteien, Bourgeoise und Aristokratie, gezwungen, uns Arbeiter als Partei anzuerkennen und sie werden uns als solcher bald gleiche Rechte einräumen müssen.

So klein auch zu Anfang unsere Partei hier war, so wächst sie doch von Tag zu Tag, und wir rufen Euch aus vollem Herzen zu, den betretenen Weg unbeirrt vorwärts zu schreiten, denn nur dann werden wir dasjenige erlangen, was uns von Natur und Rechtswegen zusteht, uns aber durch die jetzigen einseitigen Institutionen vorenthalten wird.

Setzt also, wenn es die große sociale Frage gilt, alle Parteirücksichten bei Seite, schaaft Euch unter Eine Fahne, und seid versichert, daß wir Euch nicht bloß durch Worte, sondern auch durch Thaten unterstützen werden.

Mit brüderlichem Gruß die Vereine:

„Deutsche Eintracht“ und „Teutonia“.

Secretär: Theodor Wähler und Peter Heiles.

Die englischen Arbeiter-Gesellschaften sammeln noch fleißig Beiträge zu einem Testimonial für Hrn. George Potter, Manager des „Bee-hive“. Es sind bereits bis zum Ende October £. 165 zu diesem Zwecke eingegangen, und da seitdem eine lange Liste von ferneren Beiträgen erschie, steht zu erwarten, daß eine schöne Summe zusammen kommt und daß dem Hrn. George Potter auf diese Art auf acht englische Weise der beste Beweis der allgemeinen Achtung geliefert wird. Seine Feinde scheinen jedoch gerade darum desto geschäftiger, denn wie aus dem letzten „Bee-hive“ zu ersehen, haben die Herren Cremer, trotz der erhaltenen Peitschenhiebe, ihr schmähliches Verleumdungs-Handwerk wieder begonnen. — Die Kohlen-Bergwerker zu Barnsley haben bei ihren Arbeitgebern um eine gemeinschaftliche Besprechung der Lohnstreitfrage nachgesucht. Die Arbeiter beanspruchen das Recht einer Lohregulirung durch das Steigen und Fallen des Kohlenpreises, und haben, um einen Strike zu verhüten, durch ihre Association die Association der Meister zur gütlichen Beilegung des Streites eingeladen. Die Antwort der Association der Meister lautet: „Beschlissen, daß die Bergwerksbesitzer, welche immer geneigt sind, ihre eigenen Arbeiter bei Streitfragen zu hören, eine Unterredung mit einer Arbeiter-Association abschlagen.“ Die Bergwerksbesitzer-Association hat auf diese Art verstanden, daß nur Meistern das Recht der Association zustehe, weil sie weiß, daß mit der Arbeiter-Association im Großen ein Sieg für das Kapital nicht leicht erungen werden kann. Die Arbeiter, wohl wissend, wie leicht es den Arbeitgebern wird, sie einzeln zu bezwingen, haben daher beschlossen, fest zusammenzuhalten, und da dieser Kampf zu Barnsley als ein Kampf aller Bergwerker Englands zu betrachten ist, so wird es an einer kräftigen Unterstützung nicht fehlen. — Durch den Tod Lord Palmerston's ist die Reformfrage lebhafter geworden. Die Reformer theilen sich in drei Parteien, die am Besten stehende verlangt „allgemeines Wahlrecht“, die Andern wollen, daß ein niedriger Steuerfuß zur Wahlbefähigung dekretirt werde und die Letzteren thun alles, was in ihrer Macht liegt, um eine wahrhaft gute Reform unmöglich zu machen, und arbeiten somit für die Conservativen. Die Antwort Earl Russell's zu der Bradjor Reform-Deputation: „Falls die Regierung eine Reform-Bill in das Haus bringt, wird es eine reifliche Überlegung, auf wohlbegründeten Thatsachen stützende Vorlage sein,“ hat in der englischen, eine Reform günstigen Presse, einen üblen Eindruck gemacht, denn mit Recht muß man die Aufrichtigkeit dieses Premiers, welcher nur zu gut wissen sollte, was Noth that, in Zweifel ziehen, wenn er durch unbestimmte Antworten derart den Feinden der Reform in die Hände spielt; wenn man ferner bedenkt, daß Herr Gladstone, auf welchen die neue Reformer so viel Vertrauen setzen, mit seinem glatten Zunge den Garibaldi, als er dem englischen Ministerium lästig geworden war, glant machen wollte, daß seine geschwächte Constitution das englische Klima nicht weiter vertragen könnte und als dies nicht zog, kräftigere Mittel zur Entfernung desselben anwandte, so weiß man nicht, ob man die Leichtgläubigkeit und Unerfahrenheit dieser Reformer, oder die Geschicklichkeit ein Gladstone mehr bewundern soll. Was es mit ein